

Stuttgarter Nachrichten, 04.10.2021, S. 6 / Landesnachrichten

## Gegen die Pläne der EnBW regt sich Widerstand

**Der Energiekonzern will den bestehenden Kohlemeiler bis 2026 durch ein Gaskraftwerk ersetzen. Umweltschützer fordern stattdessen, auf fossile Energieträger zu verzichten.**

Heilbronn Die erste Hürde, die Bauvoranfrage, zum Bau eines Gaskraftwerkes der EnBW in Heilbronn, ist genommen - bei zehn Enthaltungen und Gegenstimmen aus der Grünen-Fraktion und von der Linken. Der neue Meiler soll das bisherige Kohlekraftwerk mit seinen das Stadtbild prägenden Schornsteinen ersetzen.

Im Laufe des Jahres 2026 will die EnBW auf diese Weise den Kohleausstieg in Heilbronn umgesetzt haben. Erdgas ist in Heilbronn aber nur für eine Übergangszeit als Brennstoff vorgesehen, so die EnBW. Durch Beimischung von Wasserstoff oder anderen grünen Gasen will der Karlsruher Konzern die CO-Bilanz sukzessive weiter verbessern. Anvisiertes Ziel ist die Umstellung auf eine hundertprozentige Verbrennung von klimaneutralem Gas - wie Wasserstoff - ab Mitte der 2030er Jahre.

Der Widerstand gegen diese Pläne ist groß, federführend ist die "Energiewende Heilbronn". Dabei sind neben dem BUND weitere Umweltschutzorganisationen. Auch bei der jüngsten Fridays-for-Future-Demo in Heilbronn wurde der Missmut deutlich artikuliert. Die in der Gemeinderatssitzung formulierte "Drohung" von OB Harry Mergel, die EnBW werde im Falle einer Ablehnung des Baus das Kohlekraftwerk so lange laufen lassen wie erlaubt, überraschte nicht. Von dieser Szenerie geht man in Heilbronn aus.

Ein Hauptkritikpunkt am Gasbetrieb ist, dass hierbei der Ausstoß an Methangas höher und gefährlicher sei als der derzeitige CO-Ausstoß, der Ärger darüber aber richtet sich nicht nur gegen die EnBW. Noch bis vor Kurzem waren der Gemeinderat und die Öffentlichkeit in Bezug auf die EnBW-Pläne ahnungslos. Erst als ihnen die "Energiewende" im Sommer neben einem Aufklärungsschreiben auch ein "Pupskissen" als Hinweis auf die "Gas-Gefahr" durch die EnBW-Pläne zuschickte, wurden deren Pläne publik, begann ein neues Kapitel in der Geschichte um den Ärger mit der EnBW.

Der milliardenschwere Aufkauf der EnBW-Aktien durch das Land beziehungsweise den früheren CDU-Ministerpräsidenten Stefan Mappus, am Landtag vorbei, nachträglich als verfassungswidrig eingestuft, ist auch in Heilbronn nicht vergessen. Franz Wagner von der "Energiewende" sagt dazu: "Ein Beschluss für den Bau eines Gaskraftwerks als angebliche Brücke, ohne gleichzeitig den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien hier vor Ort zu starten, wäre unverantwortlich. Er würde zudem dem Verfassungsgerichtsurteil vom Mai zum Klimaschutz widersprechen und damit Rechtsungültigkeit riskieren." Im derzeitigen EnBW-Aufsichtsrat sitzt mit Finanzminister Danyal Bayaz nicht der einzige Grüne.

Nicht öffentlich, noch vor Behandlung der Bauvoranfrage im Heilbronner Gemeinderat, erfolgte eine spezielle Unterrichtung aller Stadträte durch die EnBW, öffentlich war dann in der Sitzung die umfangreiche EnBW-Präsentation der Pläne durch einen Mitarbeiter der Stadt. Dabei war zu erfahren, dass laut EnBW im Übergangsbetrieb mit Gas mehr als eine Million Tonnen CO und damit rund 50 Prozent der aktuellen Emissionen des Kohlekraftwerks pro Jahr eingespart werden würden, dies, bis nach der Übergangszeit Mitte der 2020er Jahre, nach und nach auf Wasserstoff aus erneuerbarer Energie umgestellt werde: "Klimaneutral bis 2035 - mit diesem Versprechen hat sich die EnBW als eines der größten deutschen Energieunternehmen auf ihren Beitrag zum Klimaschutz im Sinne des Pariser Abkommens festgelegt." Der Aufwand ist beträchtlich, beginnend mit dem Bau eines Dampfturbinenkraftwerkes über weitere Bauten, technische Einrichtungen und neue Ferngasleitungen "zur Absicherung der Fernwärme bei Stilllegung aller kohlebetriebener Anlagen bis 2026". Am Ende der Auflistung findet sich noch der Hinweis, der "Systemwechsel" erfolge, wenn die technischen Voraussetzungen (Transport/Verbrennung) gegeben sind in Bezug auf den "grünen Wasserstoff": Die "Verfügbarkeit sei jedoch fraglich."

Die Gegner der Pläne fordern, das Kraftwerk 2025 ohne fossilen Ersatz stillzulegen. Wagner hält das verfahrenstechnisch für möglich: "Mit dem Aufstellungsbeschluss geschieht zwar eine sehr wichtige Weichenstellung, aber das Verfahren hat ja dann noch mehrere Schritte." Er wirft der EnBW vor, die Methan-Problematik komplett auszuklammern, bezeichnet den "grünen Wasserstoff" ab 2035 als Fiktion, auch mal als den "Champagner der Energiewende", weist darauf hin, es gehe der EnBW auch darum, 2026 "das Maximum der Subventionen" zu erhalten. Zudem vermutet er, dass der dann auch aus der Ukraine kommende Wasserstoff letztlich mit Atom- und Kohlestrom erzeugt werde: "Die EnBW weiß doch auch, dass es kein Perpetuum mobile gibt. Und in Heilbronn sollte man das dank Robert Mayer auch wissen." Das ist ein Hinweis auf den Entdecker des Gesetzes, nach dem keine Energie verloren gehen kann, von dem die Physik von heute aber nicht mehr überzeugt ist.

*Brigitte Fritz-Kador*

Alle Rechte vorbehalten: (c) Stuttgarter Zeitung Verlagsgesellschaft mbH